



KARIN WOLFF

STAATSMINISTERIN A.D.

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

PRESSEMITTEILUNG

Karin Wolff: „Wie naiv oder frech darf man als Dezernent in Darmstadt sein?“

Die Stadt Darmstadt gibt einer Bauvoranfrage einer muslimischen Gemeinde ohne Prüfung der zugrunde liegenden Sachverhalte statt und erinnert sich nicht, dass die Stadt vor einigen Jahren eine Bauanfrage aus gutem Grund abgelehnt hat. Damals hatte sich die Stadt darüber informiert, dass es sich bei der betreffenden Moscheegemeinde wohl um eine islamistische im Umfeld der Muslimbruderschaft handelt.

Diesen Befund gebe es auch heute noch, so fand die Darmstädter CDU-Landtagsabgeordnete Karin Wolff beim Hessischen Innenministerium heraus, dem der Verfassungsschutz untersteht. Der Verfassungsschutz gebe solche Beurteilungen nur heraus, wenn es tatsächliche Anhaltspunkte gebe. Berichte aus anderen Bundesländern zeigten das gleiche Ergebnis.

Unbezweifelbar und mit Recht sei der Staat in weltanschaulichen Belangen äußerst zurückhaltend und könne nicht willkürlich Genehmigungsbescheide vorenthalten; zugleich müsse sich eine Stadt sensibel verhalten, auch was die Örtlichkeit angeht, und Angaben der Moscheegemeinde wenigstens auf Schlüssigkeit prüfen.

Im Bauausschuss hatte Stadtrat Wenzel (SPD) die Frage nach der Moschee in der Holzhofallee noch geleugnet, dabei wisse jeder einigermaßen informierte Mensch, dass es keines Minaretts bedürfe, damit man Gebetsräume, getrennt nach Männern und Frauen sowie die weiteren Räume für Unterricht, Cafeteria, Verkauf etc. korrekt Moschee nenne. Der Stadtbaurat Wenzel habe sich mit unwahren und nicht von der Stadt überprüften Angaben abspeisen lassen. Die Gemeinde selbst habe im Blick auf die für eine Genehmigung nötige Stellplätze von einer Besucherzahl von 50-60 gesprochen - werfe man aber nur einen Blick ins Internet, erfahre man mühelos, dass die Gemeinde selbst über regelmäßig 250 Besucher informiert. Da es sich um eine arabisch geprägte Gemeinde handle und die Holzhofallee nicht unmittelbar an dem ÖPNV angeschlossen ist, wird man mit beachtlichem Parksuchverkehr rechnen müssen.

Die CDU-Landtagsabgeordnete fordert Stadtrat Wenzel auf, mit Fehlinformationen aufzuhören, nicht seinen Baudirektor vorzuschieben, sondern „in Person“ zu dem Sachverhalt und den städtischen Prüfungen Auskunft zu geben.